

Andreas H. Apelt, Martin Gutzeit, Gerd Poppe (Hg.)

**Die deutsche Frage in der SBZ und DDR. Deutschlandpolitische Vorstellungen von
Bevölkerung und Opposition 1945 – 1990
Metropol-Verlag, Berlin 2010, S. 11 - 31**

Die Deutsche Frage 1945 – 1990

Spitzengespräch am 18.02.2009

zwischen

Hans-Dietrich Genscher und Markus Meckel

Moderation Jürgen Engert

Jürgen Engert: Bei dem Thema „Die deutsche Frage 1945 – 1990“ haben die Veranstalter wahrscheinlich gedacht, dass wir den morgigen Tag mit einbeziehen. Denn, wenn wir dieses Thema kontinuierlich durcharbeiten würden, säßen wir morgen immer noch hier. Ich bedanke mich ganz herzlich dafür, dass Hans-Dietrich Genscher und Markus Meckel heute Abend hier Auskunft geben wollen – Hans-Dietrich Genscher als Bürger der BRD und Markus Meckel als Bürger der DDR, aber natürlich auch in ihrer amtlichen Funktion als Außenminister der BRD bzw. als Außenminister der Regierung de Maizière.

Ich erinnere mich an den ersten Tag der deutschen Einheit, den 3. Oktober 1990: Wir machten eine Fernsehsendung am Brandenburger Tor. Zu dieser Sendung hatte ich Günter Kunert eingeladen und wir sprachen am Brandenburger Tor darüber, ob es eigentlich Schwierigkeiten gebe, den Begriff Deutschland im alltäglichen Sprachgebrauch zu verwenden. Günter Kunert sagte an diesem Tag: „Ja, es gibt bei mir, wenn ich den Begriff Deutschland benutze, eine Hemmung.“

Herr Genscher, gab es bei Ihnen einen Bremsklotz im Gebrauch des Begriffs Deutschland, und zwar nicht als BRD oder als DDR, sondern als „Deutschland“?

Genscher: Überhaupt nicht, für mich war es eine Selbstverständlichkeit, dass ich Deutscher bin und in Deutschland lebe. Aber ich habe erlebt, dass der Begriff für die Politik der Sowjetunion und der DDR zum Problem wurde. Wir hießen Bundesrepublik Deutschland und der andere Staat Deutsche Demokratische Republik – und bei der Übersetzung dieser beiden deutschen Begriffe gab es beim Abschluss der Ostverträge Übersetzungsschwierigkeiten, die Dolmetscher haben miteinander gerungen: Die Russen wollten bei der Übersetzung von BRD

den russischen Genitiv verwenden, was zurückübersetzt „Bundesrepublik Deutschlands“ geheißen hätte, um damit zu sagen, dass die BRD nicht das „wirkliche Deutschland“ ist. Allerdings tauchte auch bei den westlichen Staaten das Problem auf: Wie übersetzt man BRD ins Englische, wenn man den Begriff Deutschland umgehen möchte? – Selbst in der BRD gab es viele Menschen, die lieber BRD sagten, um das Wort Deutschland nicht aussprechen zu müssen. Ich hatte aber das Problem nie, denn das Deutschland, das vor meinen Augen entstand, sollte ein demokratisches werden und es wurde ein demokratisches Deutschland. Und ich konnte nicht erkennen, dass es dafür Hinderungsgründe geben könnte.

Engert: Was war wohl das Motiv, dass auch westliche Länder ihre Schwierigkeiten mit diesem Begriff hatten?

Genscher: Nach allem, was geschehen war, war es selbstverständlich, dass es Menschen gab, die Schwierigkeiten hatten, aber es gab auch jene, die humorvoll meinten: Ich liebe beide deutschen Staaten, denn ich liebe Deutschland so sehr, dass es gar nicht genug Deutschlands geben kann. Das hat es also auch gegeben. Das war aber, wie sich 1989 deutlich zeigte, nicht die Grundmotivation des Auslands. Wenn sie bedenken, dass sich die deutsche Vereinigung mit einem breiten Konsens in Europa vollzogen hat und dass Frau Thatcher im Unterhaus wegen ihrer zurückhaltenden Einstellung zur deutschen Einheit attackiert wurde, dann ist das deshalb geschehen, weil man verstanden hatte – und das hatte man in Deutschland auch nicht immer verstanden –, dass die deutsche Frage nur europäisch gelöst werden kann.

Es gab bei uns in allen Parteien, bei den Sozialdemokraten wie Christdemokraten, eine Auseinandersetzung darüber, ob die Politik der Westintegration den Weg zur deutschen Einheit erschwert. Meiner Ansicht nach hatte Konrad Adenauer Recht, dass die Westintegration die Voraussetzung für die Vereinigung schuf und keinen Hinderungsgrund darstellte. Ich war auch immer der Meinung, es wird keine deutsche Einheit geben können ohne eine Vereinigung Europas. Aber es wird auch keine Vereinigung Europas um Deutschland herum geben können. Das zeigt, wie schicksalhaft wir mit dem Schicksal Europas verbunden sind. Deshalb war auch die Grundeinstellung Westeuropas zur Vereinigung Deutschlands positiv: Viele Westeuropäer waren erleichtert, weil sie überzeugt waren, dass durch die deutsche Einheit auch die Länder östlich von Deutschland ihre Freiheit zurückbekommen würden.

Ich werde es nie vergessen: Ich war mit Helmut Kohl am Abend des Mauerfalls in Warschau, und während wir dort beim Essen saßen, kam die Mitteilung: „Die Mauer ist offen!“ Am nächsten Morgen trafen wir uns mit dem polnischen Präsidentschaftskandidat Lech Wałęsa

und seinem außenpolitischen Berater Bronisław Geremek – diese Begegnung war längst geplant und gut vorbereitet: Wir hatten einige wichtige Punkte zu besprechen, doch die schoben wir beiseite und sprachen über den Mauerfall. Lech Wałęsa war sich nicht ganz sicher, welches die Wirkungen des Mauerfalls sein könnten, Bronisław Geremek hingegen ergriff das Wort und sagte: „Der Fall der Mauer – das ist ein großer Tag für Deutschland! Nun wird Deutschland vereinigt werden.“ Und dann fügte dieser scharf denkende Analytiker noch etwas Entscheidendes hinzu: „Weil dieser Tag die Vereinigung Deutschlands mit sich bringen wird, ist er auch ein großer Tag für Polen. Denn wenn Deutschland vereint sein wird, wird Polen Nachbar der NATO und der Europäischen Gemeinschaft sein.“ In diesem Moment war es klar, die deutsche Einheit bedeutet die Einheit Europas und umgekehrt.

Engert: Herr Meckel, Sie gehören zu einer anderen Generation als Hans-Dietrich Genscher, wie sind Sie mit dem Begriff Deutschland umgegangen? In der Zeit, in der Sie in der DDR lebten, gab es da eine Hemmung beim Gebrauch dieses Begriffs? Und wenn ja, gab es dafür einen Ersatz?

Meckel: Für mich gab es diese Hemmung auch nicht. Mein Vater ist in Wuppertal aufgewachsen, in Schwelm geboren, meine Mutter in Berlin-Britz aufgewachsen und in Tondern, im heutigen Dänemark, geboren. Mein Vater kam 1949 nach viereinhalb Jahren russischer Kriegsgefangenschaft nach Deutschland, nach Berlin, zurück. Meine Eltern entschieden sich, im Osten zu bleiben. Kurz danach wurde die DDR gegründet. In unserer Familie ist die Aussage überliefert: „Du kennst die Russen, du weißt, wie man mit ihnen umgehen muss“ – diesen Satz soll meine Mutter zu meinem Vater gesagt haben. Er war evangelischer Pfarrer und es war klar: Wir wollen bei den Menschen und den Gemeinden in der DDR bleiben. Insofern war meine Kindheit und Jugend durch dieses Gefühl geprägt. Es war für meine Eltern nicht leicht, ich weiß auch nicht, ob sie es später einmal bedauert haben. Die gesamte Verwandtschaft lebte im Westen. Ich erinnere mich an den Mauerbau: Wir lebten seit 1959 in Berlin und ich habe heute noch die Stimme Willy Brandts im Kopf, als er an der Mauer stand. Diese Stimme, die wir später noch sehr oft hörten, wurde für uns zu einem Symbol dafür, dass wir nicht vergessen waren.

Für einen großen Teil der DDR-Bürger, die den Mauerbau erlebt hatten, gab es im Grunde keine andere Möglichkeit, als sich irgendwie in Nischen einzurichten. Die meisten richteten sich gleichzeitig in der Spaltung des Bewusstseins ein: Was man selber dachte, sagte man nur unter Freunden oder in der Familie. Nach außen hin, in der Schule und am Arbeitsplatz, folgte man den öffentlichen Vorgaben der SED.

Für mich selbst war „Deutschland“ stark mit der Dimension der Verantwortung verbunden, vor dem Hintergrund der Verbrechen des Nationalsozialismus. Dies war dann auch Thema, als wir 1990 nach den freien Wahlen in der DDR ein Parlament und eine Regierung brauchten, um die deutsche Einheit zu verhandeln. In der ersten Sitzung der frei gewählten Volkskammer der DDR bekannten wir uns zu der Verantwortung, die uns aus unserer Geschichte wächst. Die SED hatte diese Verantwortung immer nur dem Westen zugeschrieben und sich davon freigesprochen. Dabei unterschied sich unsere Position jedoch grundlegend von der, die Günter Grass vertrat. Er glaubte, dass die deutsche Teilung auf Grund der deutschen Schuld endgültig und festgeschrieben sei. Wir jedoch meinten, dass die deutsche Einheit nur mit der Anerkennung der europäischen Nachbarn zu erreichen sei. Wir wollten keine Einheit mit der Brechstange, welche den europäischen Frieden gefährdet. Allerdings haben auch wir lange nicht geglaubt, dass wir die deutsche Einheit je erleben würden. Ich muss gestehen, dass wir es als eine große Glücksstunde erlebten, als die Einheit möglich wurde. Dann aber ging es darum, sie zu gestalten. Wir wollten, dass sie zwischen den beiden deutschen Staaten verhandelt wird, damit wir im Interesse der schwächeren DDR-Bürger Einfluss nehmen konnten auf die konkreten Bedingungen.

Engert: Bleiben wir noch ein wenig bei der Vorgeschichte. Sie sagen, sie hatten kein Problem mit dem Begriff Deutschland, aber wie haben Sie das wirklich empfunden – als Wortführer jener, die die deutsche Teilung als einen Preis, den die Deutschen für Auschwitz zu entrichten haben, betrachteten? Diese Diskussion unter Intellektuellen und Politikern lief doch seit Jahren und 1990 wurde sie noch heftiger fortgesetzt, als die Sozialdemokraten einen Kanzlerkandidaten stellten, der Oskar Lafontaine hieß.

Meckel: Ich glaube nicht, dass das stimmt. Die Teilung war die Folge des Zweiten Weltkrieges und der Verbrechen des Nationalsozialismus. Die deutsche Einheit blieb ein Wunsch, oder vielleicht eher ein Traum, denn kaum jemand glaubte, dass die Teilung in absehbarer Zeit, zu unseren Lebzeiten überwindbar wäre. Deshalb nahmen wir die deutsche Teilung als etwas Gegebenes hin. In den siebziger und achtziger Jahren hat man in der sogenannten Opposition zwar versucht, politisch etwas gegen das DDR-Regime zu unternehmen, dies geschah aber eher aus einem moralischen Antrieb heraus. Erst ab 1987/88 glaubten wir wirklich, etwas verändern zu können. Denn mit Gorbatschow wuchs die Hoffnung, dass bei demokratischen Veränderungen in den Satellitenstaaten die Sowjets nicht mehr einmarschieren würden. Und da begannen wir – ich spreche hier für die Initiatoren der Sozialdemokratischen Partei in der DDR und wir waren nur zu zweit – darüber

nachzudenken, was wir tun könnten. Und da war es nicht die Frage der Einheit Deutschlands, die im Vordergrund stand, sondern die Frage der Demokratie sowie Veränderungen in den Strukturen der europäischen Sicherheit.

Engert: *Ich habe hier ein Zitat von Markus Meckel aus dieser Zeit, das da lautet: „Die Rede von der Wiedervereinigung ist angesichts der europäischen Konstellation, wie sie sich in den letzten 45 Jahren seit 1945 entwickelt hat, äußerst unproduktiv und im Grunde rückwärtsgewandt. Denn eine Wiedervereinigung wird es nun bestimmt nicht geben.“*

Meckel: Wobei die Betonung auf „Wieder-“ liegt...

Engert: *Und jetzt kommt noch ein Zusatz: „Wir anerkennen die Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der Schuldhaftigkeit unseres Volkes!“*

Meckel: Sie müssen genau sagen, wann das war: Das war im Oktober, vor dem Mauerfall!

Engert: *Das war vor dem Mauerfall, auf der Gründungsveranstaltung der SDP in Schwante.*

Meckel: Das war am 7. Oktober. In diesen Monaten kommt es sehr genau darauf an, wann die jeweilige Aussage genau getroffen wurde, denn die Verhältnisse änderten sich sehr schnell. Eine wirklich operative Politik in Richtung deutscher Einheit war erst nach dem Mauerfall möglich. Sobald sie in die den Bereich des Machbaren trat, erklärten wir: Wir Sozialdemokraten bekennen uns zur deutschen Einheit; diese muss von den beiden deutschen Staaten gestaltet werden.

Engert: *Damit wir uns nicht missverstehen – das ist keine Anklage. Ich möchte nur wissen, was sich in Ihrer Einstellung zu dem, was danach folgt, seit Schwante, als Sie diese Sätze verlautbart haben, aus Ihrer heutigen Sicht verändert hat?*

Meckel: Unser Ziel war Demokratie und Freiheit. Und schon zwei Tage nach dieser meiner Rede bei der Gründungsveranstaltung der SDP waren wir bereits sicher, dass wir es schaffen würden, eine demokratische DDR zu erreichen. Denn nachdem am 7./8. Oktober die Gewalt in verschiedenen Städten eskalierte, wurde am 9. Oktober nicht geschossen, weder in Leipzig, noch in Magdeburg, wo ich war. Das erschien uns als der Durchbruch.

Damit aber war für uns die Mauer auch kein Problem mehr, die würden wir danach abschaffen, so glaubten wir. Denn zwei demokratische deutsche Staaten mit einer Mauer, das wäre ja völlig absurd. Aber es schien klar: eines nach dem anderen, erst die Demokratie und

dann kümmern wir uns um die Mauer. Es war klar, dass die Teilung Deutschlands nun wirklich nicht mehr nur eine deutsche Angelegenheit, sondern eng mit den Fragen der europäischen Sicherheit verbunden war. Deshalb galt es, keine voreiligen Aussagen zu treffen.

In den Feiertagsreden der 90er Jahre – ich spitze es etwas zu - ist meist von den Hunderttausenden auf den Straßen der DDR im Herbst 1989 die Rede, dann fiel die Mauer und die „richtigen Politiker aus dem Westen“ machten dann die deutsche Einheit mit Gorbatschow, unterstützt von George Bush senior. Durch eine solche Darstellung wird jedoch überhaupt nicht klar, weshalb nach dem 9. November in der DDR noch ein Runder Tisch zusammentrat und gewählt worden ist. Für uns war jedoch zentral, dass die deutsche Einheit durch Verhandlungen ermöglicht wird, sowohl zwischen den beiden deutschen Staaten als auch im internationalen Kontext, um die Souveränität zu erhalten. Dafür aber waren freie Wahlen die Voraussetzung, denn nur so gab es legitimierte Verhandlungspartner. Insgesamt ist dieser Prozess zur deutschen Einheit dann - institutionell gesehen - hervorragend gelaufen: Die Diktatur wurde in einer friedlichen Revolution gestürzt, wir verhandelten am Runden Tisch – eine Art Krücke zur Demokratie, die wir brauchten, um den Übergang zu organisieren – und schufen die Voraussetzungen für freie Wahlen. Eine frei gewählte Regierung und ein frei gewähltes Parlament hatten das Mandat, die deutsche Einheit zu verhandeln und die nötigen Entscheidungen zu treffen. Außenpolitisch wie innenpolitisch ist dies in sehr kurzer Zeit in drei großen Verträgen gelungen. Das war – auch wenn man sich über konkrete einzelne Entscheidungen des Einigungsvertrages streiten kann – institutionell gesehen der aufrechte und selbstbewusste Gang der Ostdeutschen in die deutsche Einheit. Festzuhalten bleibt: Die deutsche Einheit ist erst durch die friedliche Revolution möglich geworden. Die erkämpfte Freiheit machte den Weg in die Einheit frei.

Engert: Herr Genscher, die Beschleunigung, die Herr Meckel anspricht, kennzeichnete sie generell den außenpolitischen Prozess hin zur deutschen Einheit? Gab es denn diese Beschleunigung auf beiden Seiten, sowohl bei den Russen, als auch in der westlichen Welt, eine Beschleunigung, die dann womöglich zu Resultaten führte, die man sich am Anfang dieses Prozesses gar nicht zu erhoffen gewagt hatte?

Genscher: Erlauben sie mir noch einmal zurückzugehen und Ihnen ein Erlebnis zu erzählen, das ich in den achtziger Jahren hatte. Ich vertrat damals die Bundesregierung bei den Trauerfeierlichkeiten für Indira Gandhi. Wegen des indischen Alphabets fügte es sich so, dass

ich neben den Repräsentanten der DDR zu sitzen kam, den Volkskammerpräsident Sindermann. Er war lange Zeit in Halle Parteisekretär gewesen, auch seinen Volkskammerwahlkreis hatte er in Halle. So kamen wir selbstverständlich auf Halle zu sprechen. Und da sagte er zu mir: „Übrigens, wir haben uns im Politbüro mit ihrem Geburtshaus befasst.“ Darauf fragte ich ihn: „Was gab’s denn dort?“ Und er fuhr fort: „Da ist Braunkohle gefunden worden und wir müssen einige Häuser abreißen. Das Politbüro sollte dann entscheiden, ob wir auch Ihr Haus mit abreißen.“ Es stellte sich übrigens heraus, dass es gar nicht mein Geburtshaus war, sondern das Geburtshaus meines Vaters. Ich war im Geburtshaus meiner Mutter geboren, ein paar Kilometer weiter östlich. Zum Schluss meinte er dann: „Na ja, wissen Sie, es bleibt stehen!“ Und um dem Gespräch auch noch eine versöhnliche Wendung zu geben, fügte er hinzu: „Vielleicht wird in dem Haus ja mal ein Museum errichtet... Wie das Museum allerdings aussehen wird, hängt davon ab, ob wir es einrichten oder Sie.“ Heimgekommen erzählte ich dann diese Geschichte Helmut Kohl und sagte zu ihm: „Das ist die offene deutsche Frage.“

Und so war es auch: Die Haltung zur deutschen Einheit war natürlich in Ost und West bis in die Führungseliten der DDR hinein auch eine Generationenfrage. Sindermann stammte aus Westdeutschland – wenn ich mich nicht irre, aus Mannheim. Er hatte natürlich ein gesamtdeutsches Bewusstsein jenseits der Parteidoktrin.

Der Bau der Mauer war im Grunde die politische Kapitulation der DDR. Sie hatte den Wettbewerb der Systeme verloren und die einzige Möglichkeit, das System zu erhalten, war, die Menschen nicht ausreisen zu lassen – der Mauerbau und nicht der Vorteil des Systems hielt die Menschen im Land. So gesehen war die Öffnung der Mauer die endgültige Besiegelung dessen, dass das DDR-System gescheitert war.

Das gesamtdeutsche Bewusstsein ist sicherlich, generationenbedingt, in Ost und West unterschiedlich stark gewesen: Ich weiß nicht, wie stark mein Engagement gewesen wäre, wenn ich in Bremen oder in Niederbayern aufgewachsen wäre, aber als Hallenser war das etwas anderes.

Die Geschichte der Freiheitsrevolutionen begann bereits 1953 mit dem Aufstand in der DDR, dann 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei, in Polen war sie ein permanenter Prozess. Nur gab es sie zu unterschiedlichen Zeiten. Und das war das Besondere des Jahres 1989: Es ereignete sich eine *europäische* Freiheitsrevolution.

Da kam nicht nur die Frage auf, ob Deutschland zusammenkommt, sondern – und das sahen unsere westlichen Partner genauso – die Frage, ob jetzt die Stunde geschlagen hat, dass Europa zusammenwächst. Das hat uns Deutschen den Wunsch nach nationaler Einheit enorm

erleichtert. Und diese Entwicklung hat dann ein beschleunigtes Tempo angenommen bis hin zu der Frage in einem Gespräch mit Schewardnadse, ob das vereinigte Deutschland Mitglied der NATO sein soll oder nicht.

Engert: *Da waren sie zunächst zögerlich...*

Genscher: Ich war nicht zögerlich. Nein, nein, ich war dafür! Und in meiner Rede, die ich 1990 hielt, habe ich deutlich gesagt: „Wir sind in der NATO und wir bleiben in der NATO.“ Die Frage war für uns eine andere: Wie können wir Moskau überzeugen? Denn als die NATO gegründet wurde, hatte man die Idee, um es mit den Worten des ersten NATO-Generalsekretärs zu formulieren: „to keep the Americans in“, um also die Amerikaner in Europa, die Russen hingegen aus Europa fern zu halten und um gleichzeitig die Deutschen etwas zu dämpfen: „to keep the Germans down“. Es gab also ein elementares Interesse am Zusammenhalt der NATO. Um Moskau zu überzeugen, musste ich die Verbindung mit dessen Partnern aufnehmen: Ich sprach mit den neuen Außenministern in Prag bzw. Warschau sowie dem alten Außenminister Ungarns, der aber dachte wie die neuen. Sie waren alle dafür, dass das vereinigte Deutschland in der NATO bleibt. Das konnte ich dann wiederum Schewardnadse mitteilen, der sich davon seinerseits bei der nächsten Tagung des Warschauer Paktes in Prag überzeugen wollte. Ich rief dann noch mal die Kollegen in Warschau, Prag und Budapest an, um ihnen nahe zu legen, dass sie ihre Meinung, dass das vereinigte Deutschland in der NATO bleiben sollte, auch Schewardnadse gegenüber äußern mögen. – Es war also in keiner Phase ein Alleingang Deutschlands, es war eine zutiefst europäische Entwicklung. Und dann kam der Wettlauf mit der Zeit, denn es war nicht sicher, wie lange sich Gorbatschow und Schewardnadse halten können. Die Gegenkräfte waren sehr stark. Daher waren wir interessiert daran, dass der Vereinigungsprozess sich schnell vollzog, doch wollten wir auch, dass sämtliche außenpolitischen Aspekte geregelt werden. Und das ist uns schließlich auch mit den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen gelungen. Ich möchte aber noch mal betonen: Natürlich hat nicht Gorbatschow eigenhändig die Mauer umgeworfen, aber wenn an Stelle von Gorbatschow ein Herr Breschnew an der Regierung in Moskau gewesen wäre, hätte es keine *friedliche* Freiheitsrevolution gegeben. Als dann der Zwei-plus-Vier-Vertrag in Kraft trat, waren wir endlich ein ganz und gar souveränes Land, was wir als BRD und DDR nicht einmal rein formal waren. Als wir für das ganze Deutschland die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen abschließen konnten, waren die Vorbehaltsrechte der Alliierten beendet. Doch bis ich diese Ratifikationsurkunde im Parlament hochhalten und mitteilen konnte: „Wir sind wieder ein souveränes Land“, gab es

viele Hürden zu nehmen. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag ist weder von Frankreich noch von England, weder von Moskau noch von Washington ohne weiteres unterzeichnet worden.

Engert: Herr Genscher, in diesem Zusammenhang gleich die Frage: Welche Rolle haben persönliche Beziehungen in diesem Prozess gespielt? Befördernd oder retardierend, ganz gleich – wie wichtig ist in solchen Prozessen persönliche Nähe?

Genscher: Im Jahr 1989 war die politische Konstellation für uns ideal. Und ich möchte noch mal an Folgendes erinnern: Es gab eine NATO-Tagung in Brüssel. Dort sollte beschlossen werden, dass nukleare Kurzstreckenraketen gebaut werden. Man wollte sie 1994 stationieren und sie sollten nur die DDR, Polen und die Tschechoslowakei erreichen. Da habe ich im Deutschen Bundestag einen Eid abgelegt, dass ich für das gesamte deutsche Volk den Schaden abwenden möchte, dass ich die Menschen meiner Heimat nicht ausschließen kann, denn die Stadt, in der ich geboren bin, würde von diesen Raketen erreicht. Das Ergebnis war dann, dass wir über diese Frage mit Amerika gesprochen haben. Als der amerikanische Präsident George Bush sen. und sein Außenminister Baker nach dieser Tagung in Brüssel nach Deutschland kamen, hielt Bush eine Rede in Mainz, in der er betonte, Amerika wolle „leadership in partnership“ mit Deutschland. Die Vereinigten Staaten erklärten also im Juni 1989 Deutschland zu ihrem privilegierten Partner in Europa. Danach kamen auch Gorbatschow und Schewardnadse nach Deutschland und gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der die Sowjetunion Deutschland als ihren wichtigsten europäischen Partner betrachtete. Das heißt: Im Frühsommer 1989 hatten sich die beiden Weltmächte, auf die es beim deutschen Prozess der Vereinigung ankam, in einer äußerst positiven Weise zur BRD bekannt. Selbstverständlich war das in den entscheidenden Monaten, die dann auf uns zukamen, eine optimale Ausgangsposition.

Zentral war für uns, dass neue Politiker in Moskau waren, die wirklich ein neues Denken einbrachten und dass wir in dem stärksten westlichen Partner eine uneingeschränkte Unterstützung erfahren haben. Das waren die entscheidenden Faktoren. Und dies muss man immer wieder betonen: In den entscheidenden Phasen der Verhandlungen und überhaupt in allen entscheidenden Fragen des deutsch-deutschen Prozesses hatten wir eine Unterstützung seitens Washingtons, wie wir sie uns nicht besser hätten vorstellen können. Der russische Außenminister Eduard Schewardnadse hat mich dreimal in Gesprächen gefragt: „Ist das auch die Meinung der Amerikaner?“ Das war für ihn auch von zentraler Bedeutung. Es gab also von beiden Seiten objektive Interessen für eine friedliche Veränderung der Grenzen.

Und ich muss hinzufügen, dass entgegen anderen Auffassungen auch der französische Präsident für die deutsche Vereinigung war, nur wollte er eine einzige Frage aufwerfen und das tat er dann am 30. November 1989, als ich bei ihm in Paris war: „Frankreich steht wie immer an der Seite Deutschlands. Aber ich frage Sie: Wird das vereinigte Deutschland den europäischen Weg weiter gehen, den die BRD beschritten hat? Oder werden Sie die alten Wege wählen?“ Er machte eine kleine Pause und fuhr dann fort: „Wenn Sie den europäischen Weg weiter gehen, werden wir uns der Vereinigung nicht entgegenstellen – sie ist eine historische Notwendigkeit. Aber wenn Sie die alten Wege beschreiten und den Anspruch erheben, das stärkste Land Europas zu sein, dann werden wir die alten Allianzen neu beleben.“ Das war eine völlig andere Haltung als etwa die von Frau Thatcher, wobei ich auch im Falle Großbritanniens betonen muss, dass der damalige Außenminister Howe eine positive Einstellung zur deutschen Einheit hatte.

Engert: Herr Meckel, Angela Merkel hat mal darüber gesprochen, wie das damals für sie persönlich war, als sie Umweltministerin geworden ist: Sie saß dann zum ersten Mal am Kabinetttisch in Bonn zusammen mit jenen, die sie nur aus dem Fernsehen kannte. Sie, Herr Meckel, sind diesen Menschen in der Vorbereitungsphase und im Prozess der deutschen Einheit begegnet. Was hat der DDR-Bürger Markus Meckel denn empfunden, wenn er plötzlich so jemandem wie Hans-Dietrich Genscher gegenüberstand, dem er nicht nur die Hand zu geben, sondern mit dem er vor allem zu verhandeln hatte? Schildern sie uns doch mal, was Sie damals empfunden haben?

Meckel: Ich habe damals diese Frage kurz beantwortet: „Ich habe keine Zeit für Gefühle, lasst uns über die Sache reden!“ Und deshalb will ich zunächst auf diese Frage gar nicht eingehen und möchte viel lieber zu dem eben Gesagten noch etwas hinzufügen. Ich stimme zu, dass der Prozess der deutschen Vereinigung eine ganz wesentliche Voraussetzung hatte: das Vertrauen in die Bundesrepublik als einer anerkannten und bewährten Demokratie. Das macht Mitterands Aussage sehr deutlich.

Genscher: Darf ich Sie kurz unterbrechen und noch eins hinzufügen, damit das, was ich vorhin geäußert habe, nicht zu einseitig bleibt. Diese friedliche Freiheitsrevolution hat uns Deutsche viel reicher gemacht als jede Finanzüberweisung, die danach getätigt wurde und die vielleicht auch notwendig war, aber sie war Makulatur verglichen mit dem, was von den Ostdeutschen ermöglicht worden ist. Ich möchte deshalb ausdrücklich betonen: Die Mauer ist

nicht durch westliche Politik, sondern sie ist im Grunde mit bloßen Händen von den Ostdeutschen zum Einsturz gebracht worden.

Meckel: Schön, dass Sie das ergänzen, weil ich das eben sagen wollte. Darauf kommt es nämlich wirklich an: Natürlich war vor 1989 die Politik des Westens wichtig, die Einbindung der Bundesrepublik in die westlichen Strukturen, das Vertrauen in die deutsche Demokratie und ihre verantwortliche Politik, die Ost- und Entspannungspolitik sowie der KSZE-Prozess. Und doch konnten Freiheit und Demokratie, ein Systemwechsel sozusagen, nicht von außen bewirkt werden. Im Osten siegten Demokratie und Freiheit nicht zuletzt, weil sie dort von den Menschen erkämpft wurden. Eine jahrzehntelange Geschichte der Freiheit jenseits des Eisernen Vorhangs errang im Zusammenbruch des Kommunismus ihren Sieg.

Engert: *Ich möchte eine Zwischenfrage stellen zu dem, was sie gerade erwähnten: Polen und Solidarność. Wenn man damals nach Warschau kam und mit Leuten der polnischen Opposition sprach, gab es nicht besonders viel Sympathie für Oppositionelle aus der DDR...*

Meckel: In der Solidarność-Bewegung gab es bereits Anfang der achtziger Jahre Überlegungen zur Frage der deutschen Einheit. In der DDR hingegen haben viele Oppositionelle – und ich schließe mich da mit ein – die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht für möglich gehalten und deshalb auch nicht darüber nachgedacht, wie wir sie erreichen könnten. Aber **in kleinen intellektuellen Kreisen**, zu denen auch der von Herrn Genscher soeben erwähnte Bronisław Geremek gehörte, war die deutsche Frage durchaus ein Thema und man sagte sich, dass sie eine wesentliche Voraussetzung dafür sei, damit Polen Anschluss an den Westen und an die Europäische Gemeinschaft finden könne.

Was die Kommunikation zwischen den deutschen und polnischen Oppositionellen angeht, ergibt sich natürlich ein gespaltenes Bild. Wenn sie beispielsweise Tadeusz Mazowiecki fragen, wird er Ihnen sicherlich erzählen, dass er schon in den sechziger Jahren in der DDR war und mit Günter Särchen oder Lothar Kreyssig Kontakt hatte. Es gab bereits damals durchaus Verbindungen zwischen polnischen Intellektuellen und kritischen Geistern in der DDR. Auch später hat es diese Kontakte gegeben, doch unter erschwerten Bedingungen, denn seit 1980 war die Grenze zwischen der DDR und Polen dicht. Man konnte nicht mehr einfach hinüber. Die DDR-Regierung befürchtete, dass der „Bazillus“ der Solidarność auch die DDR-Bürger infizieren könnte.

Wir in der DDR bewunderten, dass es der Solidarnosc möglich war, zehn Millionen Mitglieder zu gewinnen. Das hielten wir bei uns nicht für möglich. Wir dachten damals: Das

ist mit Deutschen nicht zu machen! Wir hatten uns geirrt. Im Herbst 1989 verloren die Massen auch die Angst und fegten das kommunistische Regime hinweg. Natürlich hat die Friedliche Revolution ihre lange Vorgeschichte in der Geschichte der Opposition in der DDR. Außerdem waren die Entwicklungen im Ostblock von großer Bedeutung, Gorbatschows Glasnost und Perestroika, die Destabilisierung und die Veränderungen in Ungarn, der Runde Tisch in Polen und in der Folge die halbfreien Wahlen, der erste nichtkommunistische Ministerpräsident. Das waren natürlich ungeheure und ermutigende Entwicklungen. Die Friedliche Revolution in der DDR wurde die erste erfolgreiche Revolution in der deutschen Geschichte – und eine gewaltlose dazu. Das war schon eine Sternstunde unserer Geschichte.

Engert: Gehörten Sie, Herr Meckel, zu jenen, die auf die Massendemonstrationen in Leipzig irritiert reagiert haben?

Meckel: Warum irritiert?

###

Engert: Weil Sie sich vielleicht plötzlich mit einer Bewegung auf der Straße konfrontiert sahen, an der Sie selber nicht mehr Regie führend beteiligt sein konnten...

Meckel: Aber wir waren doch beteiligt, insofern ist das wohl ein Irrtum. Ich bin im Juli von einer Ungarn- und Rumänien-Reise zurück in die DDR gekommen. Wir hatten Pfarrer Tökés in Temeswar/Timisoara (Rumänien) kennengelernt, der damals unter dem Druck der Securitate stand und ihm geholfen, einige Dokumente über die rumänische Grenze nach Ungarn zu bringen. Anschließend trafen wir uns mit ungarischen Oppositionellen und gehörten auf dem Rückweg in die DDR zu den wenigen, die diese Richtung und nicht – wie die meisten DDR-Bürger damals – die andere nach Ungarn einschlugen, um über Österreich in den Westen zu gelangen. Der ungarische Grenzbeamte an der Grenze zur DDR war etwas verunsichert. Aber wir wollten tatsächlich in die DDR zurück, denn wir wollten, dass sich bei uns etwas verändert.

Martin Gutzeit und ich schrieben kurz danach einen Aufruf, die Sozialdemokratische Partei in der DDR zu gründen. Das war vielleicht etwas verwegen von zwei evangelischen Pastoren; doch das, was da passierte, war das, was wir wollten. Wir hatten nur nicht geglaubt, dass es so schnell möglich sein würde. Das war das Verwunderliche. Insofern waren wir, wenn man es so sagen möchte, irritiert durch den Erfolg. Wir veröffentlichten diesen Aufruf am 26. August – und da waren wir immerhin schon hundert Prozent mehr, das heißt, es standen schon vier Namen unter dem Aufruf. Am 7. Oktober wurde die Partei dann noch illegal gegründet. In

den Wochen danach mussten wir fürchten, verhaftet zu werden. Doch gleichzeitig wussten wir, dass die Staatssicherheit das folgende Problem hatte: Mit unserer Verhaftung würden sie uns als Parteigründern das größte Geschenk machen, denn dann würden die Menschen zu Tausenden dieser Partei beitreten, weil sie uns als Märtyrer ansehen würden. Also entschied sich die Stasi, uns mit den wenigen Mitteln, die wir zur Verfügung hatten, werkeln zu lassen.

Engert: Sie haben jetzt schon zum zweiten Male von Beschleunigung gesprochen. Was hat diese Beschleunigung bewirkt?

Meckel: Die Destabilisierung des DDR-Machtapparates, die reformkommunistische Regierung Nemeth in Ungarn, die mit der Öffnung der Grenze zu Österreich die ersten Steine aus der Mauer nahm, die Ereignisse in Polen, von denen ich schon sprach – alles kam Schlag auf Schlag. Gorbatschow musste erkennen, dass das System bröckelte, dass alles heftig in Bewegung geriet. Nachdem wir in den Jahren zuvor versucht hatten, innerhalb der Kirche Menschen zu ermutigen, Zivilcourage zu zeigen und ein Leben nach eigenen Maßstäben zu leben und ihnen dabei Orientierung zu geben, sahen wir nun die Möglichkeit, wirklich etwas zu verändern. Die Opposition organisierte sich in den verschiedensten Konstellationen neu. Unser primäres Ziel war nicht die deutsche Einheit, sondern die Demokratie. Und es war unser Anliegen, die Demokratie gewaltfrei zu erlangen. Für das Gelingen der friedlichen Revolution war beides wichtig, das politische Handeln der neu organisierten demokratischen Opposition und der Druck durch die Massen auf den Straßen, ohne den die SED die Opposition nicht ernst genommen hätte.

Engert: Ich komme noch mal auf die persönlichen Begegnungen zurück. Welche Erfahrung haben Sie denn gemacht, als Sie plötzlich Willy Brandt, Egon Bahr, Oskar Lafontaine gegenüberstanden? Denn die Haupt- und Staatsaktionen jener Zeit kann jeder von uns nachlesen, aber das Persönliche nicht. Wie haben Sie unmittelbar diese Begegnungen empfunden, schließlich musste ja ein Prozess in Gang gesetzt werden?

Meckel: Zunächst einmal muss man im Kopf zur Veränderung bereit sein. Ich erinnere mich an ein Seminar über Gewaltlosigkeit, das ich in meiner ökumenischen Begegnungsstätte mit Oppositionellen aus Ungarn organisiert hatte – das war im Oktober 1989. Sie kamen von der pazifistischen Bulanyi-Bewegung, katholischen Basisgemeinden, die den Wehrdienst ablehnten und dafür regelmäßig ins Gefängnis kamen. Mit einem von ihnen unterhielt ich mich eines Abends; wir haben sogar gestritten. Er war dem neu gegründeten Ungarischen Demokratischen Forum (MDF) beigetreten und meinte: „Wenn wir gewinnen, trete ich sicher

aus!“ Ich hingegen war der Meinung: „Nein, genau das darfst du nicht. Wenn du niemanden kennst, der es besser macht als du und der gleichzeitig die Chance hat, eine konkrete Aufgabe zu übernehmen, dann musst du es machen. Wenn es denn notwendig wäre, müsstest du auch bereit sein, Innenminister zu werden und die Polizei zu befehligen, selbst wenn du jetzt Pazifist bist.“ Diese Diskussion im Oktober war für mich eine innere Vorbereitung auf eine Situation, in der man einfach sagen muss: Ich mach’s!

Diese Situation ergab sich dann für mich auch tatsächlich bei den Koalitionsverhandlungen nach der freien Wahl in der DDR. Die außenpolitische Dimension der Vereinigung war für mich damals von immenser Bedeutung, deshalb wollte ich Außenminister werden. Wir wollten die deutsche Einheit so, dass niemand sie fürchten musste – weder die sozial Schwachen in der DDR, noch unsere europäischen Nachbarn. Dabei stand natürlich die dauerhafte Anerkennung der polnischen Westgrenze an besonderer Stelle. Für uns war die Anerkennung der polnischen Westgrenze und damit der deutschen Ostgrenze zu Polen an Oder und Neiße die Folge des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus und nicht – wie es Helmut Kohl dann formulierte – der Preis der deutschen Einheit.

Mein Anliegen war, dass wir Deutschen uns als so souverän erweisen, dass wir, in historischer Verantwortung stehend wissen, wo unsere Grenzen liegen und diese mit Polen dauerhaft vereinbaren - an Oder und Neiße. Ich wollte nicht, dass uns erst die Alliierten darauf verweisen müssen. Deshalb schlug ich die deutsch-deutsch-polnischen Gespräche darüber vor, die dann aber im Sande verliefen.

Engert: Hätte es eine solche Chance für einen Dreier-Pakt gegeben?

Meckel: Mit Helmut Kohl nicht.

Genscher: Ich glaube ganz generell nicht, dass das eine Lösung gewesen wäre. Es gab einen Konsens zwischen den vier Alliierten, dass sie die Verantwortung für Deutschland als Ganzes tragen. Für uns war das zentral, weil damit der Begriff „Deutschland als Ganzes“ auch von den Sowjets akzeptiert wurde. Deshalb war es für uns ganz wichtig, nicht an der Viermächte-Verantwortung zu rütteln. Wir sahen darin einen Rahmen, der sie zusammenhält und auch zusammen zwingt. Als ich im November 1989 in Washington war, ist über diese Frage gesprochen worden und da habe ich gesagt: „Im Grunde sind die Partner dafür die vier Siegermächte und ich lege Wert darauf, wenn es eine frei gewählte Regierung der DDR geben wird, dass wir, die beiden deutschen Staaten, mit den vier Mächten verhandeln.“ So kam es dann zu den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen. Es gab auch die Vier-plus-Zwei-Vorschläge. Aber das wollten wir auf keinen Fall, denn in unserer Erinnerung waren noch die Bilder der

Genfer Verhandlungen in den fünfziger Jahren. Wo die Vier an einem roten Tisch in der Mitte saßen und an dem Katzentisch auf der einen Seite, hinter den Sowjets, saß die DDR-Delegation; an dem Katzentisch auf der anderen Seite, hinter den drei westlichen Alliierten, mutmaßlich hinter den Amerikanern, saßen wir. Das wollte ich nicht gern wieder erleben. Wir hatten also die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen durchgesetzt und dann kam die Frage auf, ob Polen bei diesen Verhandlungen dabei sein sollte – Frankreich hatte sich ja damals zum Sprecher Polens gemacht. Ich machte den Vorschlag, dass wir bei der Verhandlung, in der es um den Gebietsbestand des vereinten Deutschlands gehen soll, Polen einladen, denn es gab ein einziges Land, mit dem wir Gebietsfragen zu klären hatten – das war Polen. Damit war Frankreich einverstanden, nicht zuletzt auch, weil ich sagte, dass wir diese Verhandlung in Paris führen sollten: Paris war immer schon der richtige Platz für wichtige Entscheidungen. Und so kam es, dass der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski bei den Verhandlungen in Paris dabei war – der Einzige von uns allen übrigens, der während der Verhandlungen kein einziges Mal die Kopfhörer benötigt hat: Er sprach fließend Deutsch, Russisch, Englisch und Französisch, ein europäischer Bildungsbürger. Wir alle anderen hatten Kopfhörer, um uns verständigen zu können.

In Paris wurde die polnische Frage, die längst geklärt war, definitiv entschieden. Ich hatte schon im September 1989 vor den Vereinten Nationen zur Grenzfrage Stellung genommen und hatte gesagt: „Das polnische Volk soll wissen, dass nach allem, was geschehen ist, die Frage der Ostgrenze für uns definitiv abgeschlossen ist.“ In diesem Sinne wiederholte ich es in Paris noch einmal: „Sie, Herr Außenminister des neuen Polens, sollen wissen, dass...“ Damit waren auch die Bedenken bei unseren Alliierten, die bis dahin selbstverständlich vorhanden waren, verschwunden.

Dass damals viele andere Länder mitreden wollten, war klar. Das habe ich gleich zu spüren bekommen: Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen wurden in Ottawa/Kanada am Rande einer Konferenz der NATO und des Warschauer Pakts, wo alle Außenminister versammelt waren, erzielt. Herr Meckel war damals noch nicht Außenminister, Oskar Fischer war Außenminister und für die DDR anwesend. Als ich den Verhandlungsrahmen in der Tasche hatte, ging ich zurück zur Konferenz. Da kam mir Dumas entgegen, sagte hastig: „Auf Wiedersehen!“ und war auch schon weg. Danach kam Außenminister Baker und sagte: „Ich gehe heute mal früher weg, aber auf dich wartet jetzt noch etwas.“ Als ich dann in den Sitzungssaal kam, stand sofort die Frage im Raum: Wieso sind die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen ohne die anderen Partner vereinbart worden, die Polen sind doch auch dabei gewesen? Zwei Außenministern, zu denen ich ein gutes Verhältnis hatte, der holländische und der italienische Außenminister,

sagte ich dann: „Habt ihr Grenzfragen mit uns zu klären?!“ Das war nicht der Fall und damit war die Debatte beendet: „It’s not your case!“

Engert: Herr Meckel, anhand des Problems mit der Oder-Neiße-Grenze, ist das vielleicht eine Illustration für einen mentalen Unterschied zwischen der DDR und BRD? Dass die DDR-Bevölkerung die Oder-Neiße-Grenze nicht als Problem empfand, während sie in der BRD, zumindest von der Politik, immer wieder instrumentalisiert worden ist?

Meckel: Man kann mit Sicherheit sagen, dass diese Grenze in der DDR kein Problem darstellte. Nur gab es eben in der DDR auch keine Öffentlichkeit, in der Probleme überhaupt thematisiert werden konnten. Ich habe als Pfarrer in den achtziger Jahren viele Vertriebene beerdigt. Diese einzelnen Menschen hatten das Thema überhaupt nicht verarbeitet, weil sie darüber mit niemandem sprechen konnten. Über die schlimme Zeit der Vertreibung, über das, was sie erfahren haben, konnten sie in der DDR nicht sprechen. Die DDR stellte sich als antifaschistisches Land dar, doch eine wirkliche Auseinandersetzung mit der eigenen Schuld hat niemals stattgefunden. Die SED stellte sich an die Seite der Sieger, der ruhmreichen Sowjetunion, die den Fortschritt in der Geschichte darstellte – und der stand ideologisch fest. Für die Nazi-Verbrechen waren die Deutschen im Westen verantwortlich und nicht die DDR. Da die SED sich aus der Verantwortung, die aus der deutschen Geschichte erwächst, weggestohlen hatte, war es für uns nach der freien Wahl besonders wichtig zu betonen, dass wir diese Verantwortung sehen und anerkennen. Dies war sowohl gegenüber Israel als auch gegenüber unseren östlichen Nachbarn von Bedeutung. Deshalb führte meine erste Reise als Außenminister auch nach Warschau. Es war mir ein zentrales Anliegen, die Nachbarschaft mit Polen aus einer historischen Verantwortung heraus neu zu bestimmen. In einer Erklärung der Volkskammer vom 12. April 1990 haben wir uns zu unserer aus den Verbrechen des Nationalsozialismus resultierenden Verantwortung bekannt – und ebenso zu der Schuld, die wir auch aus der kommunistischen Zeit sahen. Da wir davon ausgingen – es hat sich aber später als falsch erwiesen – dass 1968 auch DDR-Truppen in Prag einmarschiert sind, haben wir uns dafür auch bei den Tschechen entschuldigt. Wir wollten zeigen, dass wir uns in der Kontinuität der deutschen Geschichte sehen und die Verantwortung kennen, die daraus erwächst.

Genscher: Das hat der Historiker von Thadden im Deutschen Bundestag einmal auf den Punkt gebracht: „Es mag ja zwei deutsche Staaten geben, aber es wird immer eine Verantwortungsgemeinschaft aller Deutschen geben.“ Aus einer gemeinsamen Geschichte

entwickelt sich eine gemeinsame Verantwortung – das ist so, das bleibt so. Vielen, die heute ihre Anmerkungen zur gemeinsamen Verantwortung machen, sage ich: Es gibt auch eine gemeinsame Zukunft!

Wenn ich mit jüngeren Menschen zusammenkomme – an den Universitäten in den neuen und alten Bundesländern halte ich ab und zu Vorträge –, stehen Probleme der Zukunft im Mittelpunkt. Das ermutigt mich, denn so schließt sich der Kreis: Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für die Fehlentwicklungen der deutschen Geschichte und eine gemeinsame Verantwortung für eine gemeinsame Zukunft. Beides kann nur zusammen betrachtet werden. Die richtige Antwort für die Zukunft ist nur zu finden, wenn erkannt wird, welches die richtige Antwort für die Vergangenheit gewesen ist.

Engert: Herr Meckel, Herr Genscher hat zu dem Thema „Die Deutsche Frage 1945 – 1990“ fast ein Schlusswort gesagt und hat es um die „deutschen Fragen“, die jetzt vor uns liegen, erweitert. Wir sollten diese Diskussion nicht beenden, ohne dass Sie uns sagen, welches aus Ihrer Sicht die deutschen Fragen sind, die vor uns liegen.

Meckel: Zum einen, dass wir uns in diesem Jahr der Jubiläen und Gedenktage erinnern und gegenseitig erzählen, was unsere Perspektive von dieser Geschichte ist. Denn ich glaube, dass wir als Deutsche bis heute das Volk sind, das sich selbst am wenigsten kennt. Zum anderen hoffe ich, dass der Lissabonner Vertrag in Kraft tritt und dass Deutsche zusammen mit Franzosen, Letten und Polen Vorschläge machen, wie eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vorangebracht werden kann. Ich halte das für zentral und bin überzeugt davon, dass die Zukunft der NATO ganz wesentlich davon abhängt, dass Europa partnerschaftsfähig wird. Wir als Europäer müssen gemeinsam mit den Amerikanern unsere Interessen definieren und auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte für sie eintreten. Ich glaube, dass man mit dem neuen amerikanischen Präsidenten einen guten Partner dafür hat. Wir müssen aber selber dazu bereit und fähig sein, die uns angemessene Rolle und Verantwortung dann auch zu übernehmen.

Engert: In der Vergangenheit gab es im westlichen Deutschland den Spruch: „Stabilität geht vor Einheit.“ Im vereinten Deutschland kommt es jetzt darauf an, nachzuweisen, dass Stabilität und Einheit Kehrseiten einer Medaille sind. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!